

# Mehr Helmstedter Region!

Kommunalwahlprogramm  
für den Landkreis Helmstedt & Städte



© cc-by-sa-2.5/GFDL, TIMES



**Alternative**  
für  
Deutschland

KREISVERBAND HELMSTEDT

## 1 | Die AfD-Grundpositionen

1.1	Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung .....	5
1.2	Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung .....	5
1.3	Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Selbstständigkeit .....	5

## 2 | Allgemeine Verwaltung

2.1	Den öffentlichen Dienst effizient organisieren .....	6
2.2	Mehr Transparenz schaffen .....	6
2.3	Neubewertung von Arbeitsstellen des Öffentlichen Dienstes .....	6
2.4	Nein zur Fusion .....	6
2.5	Her mit einer kosteneffizienten schwarzen Tonne (Restmüll) .....	6

## 3 | Öffentliche Sicherheit und Ordnung

3.1	Polizei stärken .....	6
3.2	Unser Land - unsere Regeln .....	6-7
3.3	Keine weitere Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Helmstedt .....	7
3.4	Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen .....	7
3.5	Sachleistungen statt Bargeld .....	7
3.6	Brandschutz und Rettungsdienste unterstützen .....	7

## 4 | Schulen und Kindertagesstätten

4.1	Was Schule leisten soll .....	7
4.2	Ganztagsschulen lösen unsere Probleme nicht .....	7
4.3	Sprachkompetenz wird Aufnahmekriterium in Regelschulen .....	7-8
4.4	Förderschulen wiederherstellen .....	8
4.5	Ausbau des Angebots der Kreisvolkshochschule .....	8
4.6	Erweiterung und Ausbau von Kindertagesstätten .....	8
4.7	Effektives Arbeiten in der Kita - Klasse statt Masse .....	8
4.8	Tagesmütter stärken und die Betreuung dort kostenfrei gestalten .....	8-9
4.9	Brandschutz- und Erste Hilfe - Training in Kitas und Schulen fördern .....	9
4.10	Investitionen in die Sanierung der Schulgebäude .....	9

## 5 | Digitalisierung

5.1	Die Digitalisierung von Schulen und Behörden vorantreiben .....	9
5.2	Weiterer Netzausbau der ländlichen Regionen .....	9
5.3	Transparenz beim Netzausbau .....	9

## 6 | Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege

6.1	Kulturförderung .....	9
6.2	Musikschulen haben einen besonderen Nutzen .....	9
6.3	Deutsche Leitkultur bewahren .....	9
6.4	Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern .....	10
6.5	Demokratiefeindlichem Islamismus entgegenstellen .....	10

## 7 | Familie und soziale Bindung

7.1	Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft .....	10
7.2	Eine Zukunft haben wir nur mit Kindern .....	10
7.3	Familien im Kreis Helmstedt finanziell und steuerlich entlasten .....	10
7.4	Familienfreundliche Infrastruktur .....	10
7.5	Kindererziehung ist Privatsache, nicht Staatsaufgabe .....	10
7.6	Betreuung und Erziehung möglichst familiennah lassen .....	10-11
7.7	Kommunales Familiengründungsdarlehen einführen .....	11
7.8	Müttern und Vätern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern .....	11
7.9	Sozialhilfe nur für Bedürftige .....	11

# Inhalt

## 8 | Gesundheit, Sport und Erholung

8.1	Medizinische Versorgung im ländlichen Bereich herstellen .....	11-12
8.2	In Pandemien Risikogruppen wirksam schützen .....	12
8.3	In Pandemien Überreglementierungen vermeiden .....	12
8.4	Einwanderer gesundheitlich prüfen und überwachen .....	12
8.5	Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln .....	12
8.6	Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung .....	12-13
8.7	Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen .....	13
8.8	Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern .....	13
8.9	Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache .....	13
8.10	Wirksam gegen illegale Genitalverstümmelungen vorgehen .....	13
8.11	Hebammen aktiv unterstützen .....	13
8.12	Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld .....	13

## 9 | Flächenplanung und Verkehr

9.1	Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen .....	14
9.2	Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich .....	14
9.3	Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen .....	14
9.4	Der Bodenspekulation entgegenwirken .....	14
9.5	Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten .....	14
9.6	Straßenausbaubeiträge abschaffen .....	14
9.7	ÖPNV verbessern .....	14
9.8	Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik .....	15

## 10 | Bau- und Wohnungswesen

10.1	Bevormundung von Haus- und Wohnungseigentümern beenden .....	15
10.2	Wohneigentumsquote erhöhen .....	15

## 11 | Landwirtschaft

11.1	Heimische Landwirtschaft und gesunde Ernährung sicherstellen .....	15
11.2	Finanzielle EU-Benachteiligungen unserer Bauern rückgängig machen .....	15
11.3	Preisdumping bei Milchbauern und Schweinezüchtern beenden .....	15-16
11.4	Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben .....	16
11.5	Regionale Erzeuger und Vermarktungen fördern .....	16
11.6	Wald und heimische Wildtiere schützen .....	16
11.7	Den positiven Wert der Jagd anerkennen .....	16
11.8	Weidetierhalter schützen - Wolfspopulation begrenzen .....	16

## 12 | Umwelt und Energie

12.1	Maßnahmen zum Klimaschutz sind ein Irrweg, wir brauchen Naturschutzgebiet .....	16-17
12.2	Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom .....	17
12.3	Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen .....	17

## 13 | Wirtschaftsförderung und Versorgung

13.1	Den Mittelstand vor Ört fördern .....	17
13.2	Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern .....	17
13.3	Sauberes Trinkwasser .....	17-18
13.4	Schluss mit extrem harter Trinkwasserversorgung .....	18

# Präambel

Verehrte Wählerin,  
verehrter Wähler,

wir als AfD Kreisverband Helmstedt freuen uns Ihnen unser Wahlprogramm für die Kommunalwahl im September 2021 vorzustellen. Unser Programm soll im Wesentlichen einen großen und wichtigen Punkt enthalten: FREIHEIT.

Die Freiheit ist das wichtigste Gut eines jeden Menschen und daher wollen wir das Freiheit nicht nur ein Wort ist und bleibt, sondern auch unser politisches Denken beeinflusst. Wir wollen daher, wie in unserem Grundsatzprogramm auf Landes- und Bundesebene auch, Freiheit für die Meinung, Freiheit für Entscheidungen und Freiheit für den Bürger.

Wir sind Helmstedter, die mit Sorge sehen, wie die überkommenen Parteien auch im Landkreis Helmstedt durch Inkompetenz, Vetternwirtschaft und ideologische Verblendung für Fehlentwicklungen sorgen, an denen die Bevölkerung lange zu tragen haben wird.

Daher befasst sich dieses Programm in erster Linie mit kommunalen Themen für den Landkreis und die Region Helmstedt (Städte), für das unsere Kandidaten im Kreistag und den Stadt-, Orts- und Gemeinderäten für Sie einstehen.

Zu Themen der Landes- und Bundespolitik besuchen Sie doch gerne die Internetseiten des AfD Landesverbandes Niedersachsen und die Seite der AfD Bundespartei. Einzelne übergeordnete Themenverweise sprechen wir allerdings der Vollständigkeit halber mit an.

Lassen Sie uns die Altparteien auch kommunal in ihre Schranken weisen - im September auf den Wahlzetteln.

Ihr AfD Kreisverband Helmstedt



## 1 Die AfD Grundpositionen

In der Präambel unseres Grundsatzprogramms haben wir, die Mitglieder der Alternative für Deutschland, uns wie folgt positioniert:

Wir sind Liberale und Konservative.  
Wir sind freie Bürger unseres Landes.  
Wir sind überzeugte Demokraten.

Aus dieser grundsätzlichen Positionierung leiten wir folgende Forderungen auf kommunaler Ebene ab:

### 1.1 Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung

Die Alternative für Deutschland steht auf dem Wertefundament der vorab genannten Grundpositionen. Daraus folgt unsere Forderung nicht nur nach der Freiheit auf Bewahrung der eigenen Nation und Kultur, sondern auch der Freiheit des Einzelnen von staatlicher Bevormundung, sei es in Angelegenheiten der Familie und Kindererziehung, des Wohnens und der wirtschaftlichen Betätigung.

### 1.2 Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung

Wir bedauern, dass de facto das einzig gesicherte Recht der wahlberechtigten Bürger darin besteht, alle fünf Jahre für die Räte und alle acht Jahre für die Hauptverwaltungsbeamten Namen und Parteien auf Wahlzetteln anzukreuzen.

Darüber hinaus sind im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (N-KomVG) Mitwirkungsrechte für Einwohner und Bürger und nur äußerst eingeschränkte Mitentscheidungsrechte für die Bürger

in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (natürlich von „Oben“) festgelegt.

Die Realität zeigt, dass die Barrieren für Mitentscheidungen oder gar Entscheidungen in Niedersachsen so hoch angesetzt sind, dass sie bisher nur in wenigen Fällen angewendet wurden. Diese Mitbestimmungsrechte wollen wir, wo es möglich ist, verbessern.

### 1.3 Anspruch und Verwirklichung kommunaler Selbstständigkeit

Im Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes und in Art. 57 der Niedersächsischen Verfassung ist festgelegt, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ein Anrecht darauf haben, alle örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln

Doch was örtliche Angelegenheiten sind, wird nicht durch die Kommunen, sondern durch Bundes- und Landespolitiker entschieden. Dieser Missstand hat dazu geführt, dass die Realität sieht derzeit anders aussieht: Nur ein Bruchteil der von den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben sind Aufgaben, in denen noch ein Entscheidungsspielraum besteht.

Dieser wird zudem zunehmend durch Regelungen und Vorgaben auf EU-Ebene eingeengt. Viele kommunale Aufgaben sind solche, die im Auftrag des Bundes oder Landes umgesetzt werden müssen. Dabei ist die Tendenz die, dass der hierdurch verursachte Personal- und Sachaufwand trotz gesetzlicher Festlegung immer weniger durch Zuweisung von entsprechenden Finanzmitteln aus dem Steueraufkommen ausgeglichen wird. Wir wollen diese Entwicklung umkehren und die Entscheidungsspielräume der Kommunen ausweiten

## 2 Allgemeine Verwaltung

### 2.1 Den öffentlichen Dienst effizient organisieren

Entscheidungen sollen vor Ort getroffen werden, wo der Entscheidungsbedarf entsteht. Dazu werden wir die Verwaltungsabläufe vereinfachen.

### 2.2 Mehr Transparenz schaffen

Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen aus der Verwaltung und den Räten bekommen. Keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte mehr in denen richtungsweisende Themen hinter verschlossenen Türen besprochen werden. Ratssitzungen öffentliche und kostenlos per Live Stream übertragen - die benötigte Technik ist von der Verwaltung bereitzustellen

### 2.3 Neubewertung von Arbeitsstellen des Öffentlichen Dienstes

Die Verwaltung und der Öffentliche Dienst stützen das öffentliche Leben. Wir setzen uns für eine Neubewertung der Arbeitsstellen im Öffentlichen Dienst ein und stehen für eine Angleichung der bestehenden Stellen von A2, A3 und A4 auf A5. Die Verwaltungen im Kreis Helmstedt werden mit uns keine Stellen mehr unter A5 besetzen

### 2.4 Nein zur Fusion

Wir sind dafür, die Fusionsgespräche mit benachbarten Kreisen sofort einzustellen. Wir wollen die Freiheit des eigenständigen Kreises und dessen Vorteile für die Bürger erhalten. Ein nicht mehr autonomer Kreis teilt seine Gelder und spart an der Verwaltung. Das hat zur Folge, dass das Amtsgericht und die Agentur für Arbeit in Helmstedt verschwinden werden und

Verwaltungsabläufe werden noch weiter in die Länge gezogen und verkompliziert.

### 2.5 Her mit einer kosteneffizienten schwarzen Tonne (Restmüll)

Nach unserer Meinung müssen die Gebühren für die schwarze Tonne umgehend angepasst werden. Andere Bundesländer und auch Kreise machen es vor. Dem Bürger darf nur der tatsächliche Kostenaufwand der Müllentsorgung in Rechnung gestellt werden. Daher ist eine Neubewertung und Anpassung der Gebühren, im besten Fall eine kostenfreie Restmülltonne notwendig. Grundgebühren, insbesondere für Nichtnutzer gehören dabei sicher nicht dazu die Kosteneffizienz zu verbessern

## 3 Öffentliche Sicherheit und Ordnung

### 3.1 Polizei stärken

Die öffentliche Ordnung wird in den Innenstädten zunehmend durch Saufgelage, aggressives Betteln und Provokationen durch lärmende und randalierende Gruppen gestört. Die Polizei hat in diesen Fällen die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, ganz egal welcher ethnischen Volksgruppe die Störenfriede angehören. Kein Polizist darf bei ordnungsgemäßer Durchführung seiner Pflicht eine Rüge erwarten.

Die AfD stellt sich voll und ganz hinter unsere Polizei und fordert auch den Rückhalt aus der Politik für unsere Sicherheitsbehörden

### 3.2 Unser Land - unsere Regeln

Wir werden durchsetzen, dass wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen haben wird. Dazu zählen u.a. islamistische Propaganda, Tragen der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst,

Herausnahme von muslimischen Schülern aus schulischen Aktivitäten, Genitalverstümmelung und die Anbahnung von Kinderehen

### **3.3 Keine weitere Aufnahme von Flüchtlingen im Landkreis Helmstedt**

Die AfD spricht sich entschieden dagegen aus, die Aufnahme von Flüchtlingen in ein Ansiedlungsprogramm zu verwandeln.

### **3.4 Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen**

Wir werden den grundgesetzwidrigen Flüchtlingsstrom rückgängig machen. Abgelehnte Asylbewerber und illegale Migranten sind in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Bestehen Unstimmigkeiten über das Herkunftsland, ist der abgelehnte Asylbewerber oder illegale Migrant bis zur vollständigen Klärung in Abschiebehaft zu nehmen, damit er sich der Ausreise nicht entziehen kann. Wahrheitsgemäße Angaben bei der Einreise würde diese Maßnahme nicht Notwendig machen! Geldleistungen für abgelehnte Asylbewerber und illegale Migranten sind sofort einzustellen

### **3.5 Sachleistungen statt Bargeld**

Zur Sicherung des täglichen Bedarfs sind wir für Sachleistungen wie Nahrungsmittel, Getränke, Decken und Kleidung statt horrenden Summen an Bargeld. Es ist dem Steuerzahler nicht zuzumuten für Smartphones und ähnliches zu bezahlen. Das nimmt auch weitere Anreize in unser Sozialsystem einzuwandern.

### **3.6 Brandschutz und Rettungsdienst unterstützen**

Wir unterstützen die kommunalen Brandschutz- und Rettungsdienste. Sie sind ein Schwerpunkt des ehrenamtlichen und teils beruflichen Engagements und besonders zu fördern.

#### **4.1 Was Schule leisten soll**

Die Alternative für Deutschland tritt für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem in Niedersachsen ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, dass über Jahrzehnte lang bewährt war und den Wohlstand in Niedersachsen sicherte.

Wir lehnen das Ideologische Einheitsschulsystem ab. Wir machen unser Bildungssystem wieder leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Bedürfnissen und Begabungen der Schüler wieder gerecht wird

#### **4.2 Ganztagschulen lösen unsere Probleme nicht**

Das Angebot der verpflichtenden Ganztagschulen wird damit begründet, die Schüler so besser aus dem Stress des Unterrichts zu führen. Das klingt im ersten Moment sehr angenehm, nüchtern betrachtet funktioniert dieser Aspekt aber nur bedingt. Die fehlende soziale Verbindung zur Familie, Freundesgruppen und Vereinen kann in der Ganztagschule nicht ersetzt werden. Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote können ihren Beitrag zur Minimierung des Stresslevels der Schüler besser und gleichzeitig kostengünstiger erfüllen. Insbesondere der Beitrag von Vereinen darf nicht unterschätzt werden. Diese wertvollen Beiträge werden durch die Ganztagschulen massiv gefährdet.

#### **4.3 Sprachkompetenz wird Aufnahmekriterium in Regelschulen**

Schüler mit guten deutsch Kenntnissen dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein oder kaum deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden. Wir fordern daher vor der Aufnahme

an einer Schule bei sprachlichen Defiziten, den Besuch und Abschluss von Sprachkursen. Ebenso bei großen kulturellen Unterschieden den ebenfalls verpflichtenden Besuch von Integrationskursen - hier ist der Schulträger gefragt. Eine schulische Ausbildung hat nur bei Schülern mit Bleibeperspektive stattzufinden, illegale sich im Land befindliche Migranten sind davon ausgenommen.

#### **4.4 Förderschulen wiederherstellen**

Die bisherige Inklusion hat das Schulsystem ins Chaos gestürzt und viel Leid bei Schülern, Lehrern und Eltern verursacht. Wir fordern daher eine Rückkehr zum System der Förderschulen, d.h. dass geschlossene Förderschulen umgehen wieder geöffnet werden. Schüler mit einem erhöhten Förderbedarf müssen diese auch bekommen.

#### **4.5 Ausbau des Angebots der Kreisvolkshochschule**

Wir von der AfD setzen uns für den Ausbau und den Erhalt von Angeboten in der Erwachsenenbildung ein. Daher wollen wir das Angebot der KVHS erweitern und auch geeignete Außenstellen z.B. in Schöningen und Königslutter schaffen. Zudem sind die Angebote vom Kreis finanziell zu fördern.

#### **4.6 Erweiterung und Ausbau von Kindertagesstätten**

Das Recht auf Betreuung von Kindern ab 3 Jahren wollen wir jedem gewähren. Somit ist es wichtig, dass sich auf den Bau von neuen Kindertagesstätten konzentriert wird. Bestehende Kitas sind nach Möglichkeiten zu erweitern und auszubauen. Der soziale Kontakt von Kindern untereinander ist vor der Schule ein wichtiger Punkt.

#### **4.7 Effektives Arbeiten in der Kita - Klasse statt Masse**

Das Betreuungsangebot in der Kita hat großen Einfluss auf die frühkindliche

Bildung und sollte daher fachlich versiert und familiär zugleich sein. Daher ist es wichtig den Personalschlüssel auf diese Bedürfnisse anzugleichen.

Das Verhältnis in der Kita Gruppe darf daher im Verhältnis Erzieher – Kind maximal 1:7,5 betragen. Die maximale Gruppengröße muss auf 20 Kinder begrenzt werden. In der Krippe ist das Verhältnis auf 1:4 zu verringern, dabei darf die Gruppengröße 12 Kinder nicht überschreiten.

Gruppen und Einrichtungsleitungen haben Ihre Leitungsaufgaben oft während der Betreuung und Gruppenarbeit zu leisten. Darunter leidet die direkte Arbeit mit dem Kind zunehmender, da die Aufgaben immer mehr Anspruch fordern. Wir setzen uns daher für mehr Zeit für Leitungsaufgaben ein, sowie für mehr Verfügungszeit in den Gruppen. Diese Verfügungszeit sollte bei 5 Stunden pro Woche je pädagogischen Mitarbeiter liegen.

Die Betreuung der Kinder ist ein Grundpfeiler des sozialen Zusammenseins der Kinder und unserer Wirtschaft in Niedersachsen. Die Ausbildung der staatlich anerkannten Erzieherinnen dauert in der Regel 4 Jahre und wird nicht Vergütet.

Um den immer größer werdenden Fachkräftemangel entgegen zu wirken, fordern wir eine angemessene finanzielle Unterstützung der Erzieherinnen in Ausbildung. Wir sprechen uns für die Vollausbildung der Erzieherinnen aus, da Sozialassistenten den Fachkräftemangel nicht lösen werden.

#### **4.8 Tagesmütter stärken und die Betreuung dort kostenfrei gestalten**

Tagesmütter bieten eine Alternative zur Betreuung in der Kita und bieten oft eine kleinere Gruppe von Kindern im familiären Kreis. Tagesmütter leisten so auch einen wichtigen Beitrag zur Kindererziehung und Betreuung

und sind daher angemessen und kostenfrei für die Eltern zu Vergüten. Zudem setzen wir uns für eine fachbezogene Ausbildung der Tagesmütter ein und für ein stetiges Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten

#### **4.9 Brandschutz- und Erste Hilfe - Training in Kitas und Schulen fördern**

Regelmäßige Brandschutz und Erste Hilfe Erziehung ist schon früh zu fördern und vollumfänglich zu unterstützen.

#### **4.10 Investitionen in die Sanierungen der Schulgebäude**

Die Schulgebäude im Landkreis Helmstedt sind zu Sanieren. Die Klassenräume und besonders die Sanitäreinrichtungen sind neu und modern zu bauen.

## **5 Digitalisierung**

#### **5.1 Die Digitalisierung von Schulen und Behörden vorantreiben**

Schnelles Internet und neue Leistungstarke Hardware gehören in die modernen Schulen und Behörden unseres Kreises. So können Lehraufgaben, Verwaltungsakte und Schüler Projekte effektiv angegangen werden.

#### **5.2 Weiterer Netzausbau der ländlichen Regionen**

Der Breitband- und Glasfaserausbau ist im Landkreis Helmstedt angelaufen, aber noch profitieren zu wenig Haushalte von dem schnellen Internet. Wir setzen uns für ein voranschreiten des Netzausbaues ein und fordern einen möglichst kostengünstigen Anschluss aller interessierten Haushalte und Unternehmen.

#### **5.3 Transparenz beim Netzausbau**

Viele Haushalte warten seit Beginn des Netzausbaus auf Informationen über den Fortschritt. Die Seite der Breitbandstelle

des Landkreises bietet alles, nur keine aktuellen Informationen über den Sachstand. Hier muss unbedingt ein Dialog und Austausch zwischen Kreis, Bauunternehmen und den Bürgern her.

## **6 Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege**

#### **6.1 Kulturförderung**

Die staatliche Förderung von kulturellen oder gesellschaftlichen Einrichtungen oder Vereinen trägt zur wesentlichen Bildung unserer Bevölkerung bei. Die AfD Helmstedt tritt besonders dafür ein, dass Fördermittel nur an Vereinigungen vergeben werden die zur freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen

Traditionsvereine sind besonders zu fördern. Ein weiteres Kriterium für die Förderfähigkeit ist der Grad an Familienfreundlichkeit.

Der Islam gehört nicht zur abendländischen Kultur. Wir lehnen eine kommunale Förderung und Finanzierung aller islamischen Veranstaltungen und Einrichtungen ab.

#### **6.2 Musikschulen haben einen besonderen Nutzen**

Wir unterstützen die Musikschulen. Ein zentraler Punkt der Kulturpolitik ist es, jungen Menschen Kulturtechniken zu vermitteln. Wir möchten deshalb das Angebot der Musikschulen erweitern und fördern und für geeignete Außenstellen sorgen.

#### **6.3 Deutsche Leitkultur bewahren**

Wir betrachten es nicht nur als Recht, sondern auch als Pflicht der AfD, die jahrhundertealte Identität Deutschlands und von uns Niedersachsen zu schützen. Wir wollen unsere gewachsene deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft und unsere geliebten Traditionen bewahren. Daher stehen wir auch in Helmstedt für eine deutsche Leitkultur.



## 6.4 Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern

Die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit soziokulturellen Einrichtungen darf nicht länger Vernachlässigt werden. Die AfD Niedersachsen wird über geänderte Steuerschlüssel die Kommunen finanziell besser in die Lage versetzen, das Kulturleben auf dem Lande angemessen zu unterstützen. Zudem stehen wir für finanzielle Unterstützung von Vereinen mit Grundeigentum.

## 6.5 Demokratiefeindlichen Islamismus entgegenstellen

In ausländisch finanzierten Moscheen gibt es tausende radikale Salafisten, die Hass gegen „Ungläubige“ Predigen. Wir werden ein Verbot solcher bestehenden deutschfeindlichen Einrichtungen erwirken und stellen uns gegen die Errichtung von Moscheen im Kreis Helmstedt. Die Religionsfreiheit gilt, aber nicht unbegrenzt - sie findet ihre Schranken in der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

# 7 Familie und soziale Sicherung

## 7.1 Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft

Die Familie aus Mann, Frau und gemeinsamen Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familie übergreifend bei allen kommunalpolitischen Themen.

## 7.2 Eine Zukunft haben wir nur mit Kindern

Als Zukunftssicherung brauchen wir in unserem Kreis eine systematische Kinder- und Familienfreundlichkeit, die die

Entscheidung jedes einzelnen für das Leben mit Kindern erleichtert. Das trägt zur Sicherung und Entfaltung der Kinder in der Gesellschaft bei. Es stärkt die Eigenverantwortung der Kernfamilie und fördert die Familiennetze, die reale Hilfen für Familien in Notlage bietet.

## 7.3 Familien im Kreis Helmstedt finanziell und steuerlich entlasten

Wir werden die Grunderwerbssteuer abschaffen. Hierdurch werden auch Familien mit Kleinkindern und oder schulpflichtigen Kindern finanziell entlastet, die ein Eigenheim erwerben wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass Familien und diejenigen die es möchten, ein Eigenheim bauen können und hierfür eine entsprechende Förderung erhalten.

## 7.4 Familienfreundliche Infrastruktur

Für uns gehört zu einem familienfreundlichen Landkreis eine kostenlose Schülerbeförderung ebenso dazu, wie der Erhalt und Ausbau von Spielplätzen und sicheren Schulwegen.

## 7.5 Kindererziehung ist Privatsache, nicht Staatsaufgabe

Wir begreifen unsere kulturell überlieferten Methoden in der Kindererziehung als Bereicherung des eigenen Lebens und als Verdienst für die Gesellschaft. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Kinder zu erziehen, sondern der Eltern. Der Staat hat einen Bildungs- und keinen Erziehungsauftrag. Eltern müssen wieder selber lernen ihre Kinder zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen. Die Tendenz Kinder an Kitas und Schulen politisch zu indoktrinieren, stellen wir uns entschieden entgegen.

## 7.6 Betreuung und Erziehung möglichst familiennah lassen

Wir setzen uns für eine deutlich positive Aufwertung der gesellschaftlichen Bewertung der Mutterrolle ein. Die Leistung vieler Mütter für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die familiennahe Betreuung ist ein Recht von Mutter und Vater. Politische Weichenstellungen, die eine Bevorzugung der öffentlichen (staatlichen) Kinderbetreuung anstreben, lehnen wir ab. Wir stehen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Die sichere Bindung zu Bezugspersonen ist die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche Entwicklung vom Kleinkindalter an. Auch deswegen unterstützen wir die kleinkindliche Erziehung im Kreis der Familie oder durch Unterstützung von Tagesmutterbetreuung statt bedingungslosen Kindertagesstätte-Ausbaus. Die möglichst frühe Übergabe von Kleinstkindern in staatliche Betreuung sehen wir sehr kritisch.

Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kleinen zu Hause betreuen oder in einer wohnortnahen Krippe und / oder einem Kindergarten.

## 7.7 Kommunales Familiengründungsdarlehen einführen

Wer eine Familie gründen möchte hat besondere Anschaffungskosten, z.B. die Einrichtung des Kinderzimmers. Daher fordern wir die Einführung von zinsfreien Familiengründungsdarlehen für verheiratete Paare in Höhe von 10.000 Euro. Dieses Darlehen ist ab dem dritten Jahr mit monatlich 100 Euro zu tilgen. Bei Geburt des ersten Kindes werden 1.500 Euro der Kreditsumme erlassen, bei Geburt des 2. Kindes nochmal 2.000 Euro und bei Geburt des dritten Kindes 2.500 Euro. Diese Leistung ist für deutsche Staatsbürger, von denen zumindest ein Ehepartner bereits mindestens drei Jahre lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein muss

## 7.8 Müttern und Vätern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern

Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, bei gleichzeitig optimalen Bedingungen für unsere Kinder. Wichtig ist uns, dass Frauen und Männer, die wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen, durch gezielte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gefördert werden.

Der bereits bestehende Anspruch auf Kita- und Krippenplätze muss insbesondere für Berufstätige endlich praxisnah umgesetzt werden. Hierbei sind die Öffnungszeiten an den Berufsalltag anzupassen und die Fahrzeiten zu berücksichtigen

## 7.9 Sozialhilfe nur für Bedürftige

Wir fordern, dass Sozialbetrug, der z.B. durch vorgetäuschte oder verschwiegene Sachverhalte oder durch die Meldung an mehreren Wohnorten begangen wird, endlich konsequent bestraft wird.

Hierzu wollen wir den innerbehördlichen Datenaustausch deutlich verbessern. Die Ordnungsbehörden müssen geltendes Recht umsetzen. Wenn durch pflichtwidriges Handeln ein finanzieller Schaden entsteht, ist der entsprechende Mitarbeiter wegen Veruntreuung staatlicher und öffentlicher Finanzmittel in Regress zu nehmen.

Zahlungen an Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung stellen wir konsequent ein. Ausreisepflichtige schieben wir ohne Verzug ab

# 8

## Gesundheit, Sport und Erholung

### 8.1 Medizinische Versorgung im ländlichen Bereich sicherstellen

Gesundheit gehört zu den höchsten Lebensgütern. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Bürger in Stadt und Land

gehört zu den Grundpfeilern des modernen Sozialstaates. Ärztemangel und eine älter werdende Gesellschaft stellen die ländlichen Regionen schon jetzt vor große Herausforderungen. Für die Entscheidung junger Familien, sich in ländlichen Regionen niederzulassen, ist eine flächendeckende allgemeinmedizinische, kinderärztliche und zahnärztliche Versorgung ebenso unabdingbar wie die Möglichkeit, die Dienste von Hebammen in Anspruch nehmen zu können. Wir setzen uns deshalb für eine dezentrale, wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung für alle Bürger ein.

## **8.2 In Pandemien Risikogruppen wirksam schützen**

Die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind vielfältig. Um seinen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen die Gesundheitsämter mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Ziel muss es sein, die Bevölkerung im Rahmen der Gesetze vor todbringenden, hoch infektiösen Krankheiten zu schützen. Im Fall der für gesunde Menschen in der Regel nicht lebensbedrohlichen Coronaviren gilt es, diejenigen Menschen wirksam zu schützen, die durch beispielsweise altersbedingte Vorerkrankungen zur Risikogruppe zähle

## **8.3 In Pandemien Überregulierungen vermeiden**

Methoden, die an einen Überwachungsstaat erinnern, lehnen wir ab. Die Bürger tragen als freie Menschen auch eine Eigenverantwortung für sich und ihre Mitmenschen. Ihnen muss der Staat Ermessensspielräume einräumen und darf nicht versuchen, das private und wirtschaftliche Leben unangemessen zu reglementieren oder gar zu strangulieren.

## **8.4 Einwanderer gesundheitlich prüfen und überwachen**

Seit Beginn der Masseneinwanderung erfolgt ein signifikanter Anstieg meldepflichtiger Infektionskrankheiten, vermehrt auch mit resistenten Erregern. Hierzu gehören beispielsweise TBC, HIV, Hepatitis, parasitäre Darmerkrankungen, ansteckende Hauterkrankungen, Masern und Kinderlähmung (Polio). Erderlich sind einheitliche, verpflichtende Quarantäneregeln und Gesundheitstests bei einreisenden Einwanderern, um die Ausbreitung von hochansteckenden Erkrankungen durch rechtzeitige Diagnose und Therapie einzudämmen

## **8.5 Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln**

Wir fördern die substanzielle Weiterentwicklung von regionalen Gesundheitsnetzwerken, um Steuerungsmöglichkeiten vor Ort mit einem hohen Maß an Effizienz und Bürgerbeteiligung zu schaffen

## **8.6 Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung**

Den Rückzug staatlicher bzw. kommunaler Krankenhausträger aus der stationären Versorgung sehen wir kritisch. Bei der wirtschaftlich gebotenen Zusammenlegung von Standorten setzen wir auf Bürgerbeteiligung und Transparenz. Es muss sichergestellt werden, dass damit keine Verschlechterung der Versorgung verbunden ist.

Wir wollen regionale Krankenhäuser erhalten und lehnen die Privatisierung der Medizin durch Klinikkonzerne mit ihrem Streben nach maximalem Profit ab.

Hierzu ist es erforderlich, den seit langem bestehenden Investitionsstau der Krankenhäuser aufzulösen.

Um die kommunale Eigenverantwortung zu stärken, fordern wir die Abschaffung des dualen Finanzierungssystems auf Landesebene zugunsten einer verbesserten Finanzausstattung der Landkreise.

### **8.7 Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen**

Wir fordern, dass in den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft eine Besetzung der Aufsichtsgremien durch qualifizierte Fachleute erfolgt, damit erforderliche Reformen nicht am Einfluss von Parteipolitikern scheitern. Die Parteibuchwirtschaft und Selbstbedienung müssen ein Ende haben.

### **8.8 Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern**

Die AfD Niedersachsen fordert, dass Notfallpraxen, flächendeckend an die Krankenhäuser, die mit ihnen zusammenarbeiten, angegliedert werden und außerhalb der üblichen Praxiszeiten erreichbar sind. Dies reduziert die teure und fehlgesteuerte Inanspruchnahme der Krankenhausambulanzen und erhöht die Sicherheit.

### **8.9 Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache**

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Ärzte und Pflegekräfte, die den Patienten nicht verstehen, sind wenig geeignet, Vertrauen zu schaffen. Bei Einstellungen ist darauf zu achten, dass Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, die deutsche Sprache sicher beherrschen.

### **8.10 Wirksam gegen illegale Genitalverstümmelungen vorgehen**

Bei den Einschulungsuntersuchungen muss sichergestellt werden, dass illegale Genitalverstümmelungen bei Jungen und Mädchen erkannt werden. Eine enge Zu-

sammenarbeit mit psychologischem Dienst, Jugendamt und Polizei ist hier notwendig. Gegenüber den Tätern und ihren Anstiftern sollte der strafrechtliche Handlungsrahmen voll ausgeschöpft werden

### **8.11 Hebammen aktiv unterstützen**

Die AfD Niedersachsen will die Geburt zu Hause oder in Geburtshäusern als alternatives Angebot auch in der Fläche erhalten. Ausgleichszahlungen oder der Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem immer weiter steigender Haftpflichtprämien nicht.

Wir fordern daher, die freiberuflich tätigen Hebammen von der Berufshaftpflichtversicherung zu entlasten und die Kosten durch das Land oder die Kommune übernehmen zu lassen.

Auch sollten Hebammen und andere im Einsatz befindliche Dienstleister des Gesundheitswesens grundsätzlich von Parkgebühren für ihre Fahrzeuge befreit werden.

### **8.12 Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld**

Schwere Fehler in der Familienpolitik der letzten Jahrzehnte führen zu einer demographischen Entwicklung mit einer Erhöhung der Anzahl der Pflegebedürftigen bei zu erwartender Verringerung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Dies ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Zugleich wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld gepflegt zu werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD ganz besonders für die Interessen von pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und Pflegefachkräften ein.

Wir unterstützen auch Wohnmodelle, z. B. Mehrgenerationenhäuser, die es im sinnvollen Rahmen ermöglichen, dass sich Menschen gegenseitig helfen.

### 9.1 Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen

Die politische Einflussnahme auf öffentliche Bauprojekte richtet erheblichen Schaden an. Der Flughafen in Berlin ist nur ein Beispiel dafür. Diese Projekte müssen daher zwingend von hauptamtlichen, fachlich versierten Planungsbeamten ohne politischen Einfluss geplant und durchgeführt werden.

### 9.2 Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich

Sogenannte „Public Private Partnership“ Modelle (PPP / ÖPP) verschleiern Bau und Betriebskosten und sind teurer als konventionelle Methoden. Sie begünstigen zudem große Bau und Straßenbauunternehmen gegenüber dem Mittelstand vor Ort und werden von uns strikt abgelehnt.

### 9.3 Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen

Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete sollte darauf geachtet werden, dass nicht ein Übermaß an naturnahen Landschaften verloren geht und die vorhandene Infrastruktur bewahrt bleibt. Daher sagen wir auch NEIN zum interkommunalen Gewerbegebiet Scheppau.

### 9.4 Der Bodenspekulation entgegenwirken

Wir sind entschieden dagegen, die Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete. Freie Flächen nehmen rapide ab, obwohl dies nicht notwendig ist, wenn bestehende Wohn- und Gewerbeflächen angemessen und behutsam vertichtet und Industriebrachen neu genutzt werden.

### 9.5 Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten

Wir unterstützen die ökologische Aufwertung von bebauten Gebieten z.B. auf Flachdächern, oder in Verkehrsinseln. Hier können Blühflächen, Nutzsträucher und Obstbäume angepflanzt werden.

### 9.6 Straßenausbaubeiträge abschaffen

Der Straßenbau ist eine klassische Staatsaufgabe. Straßenausbaubeiträge belasten einseitig nur die Anwohner, obwohl die Straßen anschließend durch alle Bürger genutzt werden.

Dem Bund stehen durch die KFZ-Steuer schon enorme Steuereinnahmen zur Verfügung, während die Kreise und Kommunen eigene Steuereinnahmen einsetzen müssen.

Wir wollen diesen Mangel durch eine Neuordnung der kommunalen Finanzen beheben. Wir fordern daher, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und durch einen Anteil an der KFZ-Steuer oder durch eine Nutzungsgerechte Lösung zu ersetzen

### 9.7 ÖPNV verbessern

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Personenbeförderung auf dem Land sowie für verbesserte Bus und Bahnverbindungen zu den großen Arbeitsstätten ein.

Hier müssen intelligente Beförderungskonzepte her sowie bezahlbare Anreize zur vermehrten Nutzung. In Zeiten von geringem Verkehrsaufkommen kann auf Ersatzverkehr ausgewichen werden z.B. durch den Ausbau des Bürger-Bus-Netzwerkes mit Kleinbussen

Eine logische Weiterentwicklung der Idee ist das Schaffen von flexiblen Ruf-Bus-Lösungen z.B. für Fahrten zu den lokalen Einkaufszentren mit Senioren.



## 9.8 Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik

Die Nutzung des Fahrrads ist ein Gewinn für die Gesundheit und den Tourismus. Das bedarf aber einer kontinuierlichen Pflege der Radwege. Schäden oder hereinragende Büsche oder Sträucher sind nicht akzeptabel. Wir wollen die Gemeinden fördern und die Lage versetzen dieser Aufgabe gewachsen zu sein. Jedoch sind wir gegen den Bau von Radschnellwegen für Langstreckenverbindungen, da diese nur wenigen Extrem-Radfahrern zugutekommen

## 10 Bau- und Wohnungswesen

### 10.1 Bevormundung von Haus- und Wohnungseigentümern beenden

Wir lehnen die Bevormundung durch Bauleitlinien ab, bei denen Eigentümern ideologische Vorgaben gemacht werden. Das betrifft z.B. die Vorgabe der Heiztechnologie und die Reduzierungen wohnungsnaher PKW-Stellplätze.

### 10.2 Wohneigentumsquote erhöhen

Deutschland besitzt die geringste Wohneigentumsquote in der EU. Wir wollen diese Quote erhöhen indem wir den Erwerb eines Hauses oder einer Wohnung auch für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern.

Der Anreiz sich in ländlichen Gebieten niederzulassen, sollte durch günstiges Bauland gefördert werden. Zur Ergänzung des staatlichen Wohnungsbaus, wollen wir auch den privaten Wohnungsbau fördern

## 11 Landwirtschaft

### 11.1 Heimische Landwirtschaft und gesunde Ernährung sicherstellen

Eine bedarfsgerechte Düngung mit Mineraldünger sollte in Niedersachsen bei der gesamten Pflanzenproduktion möglich bleiben. Die AfD wünscht eine präzisere Binnendifferenzierung der roten Gebiete mit aktuellen und regional begrenzten Nitratwerten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht nur die Landwirtschaft Verursacher für eine hohe Nitratbelastung einzelner Grundwasserkörper ist.

### 11.2 Finanzielle EU-Benachteiligungen unserer Bauern rückgängig machen

Die AfD lehnt jede weitere Verschiebung des Geldes aus der ersten Säule der EU-Förderung in die zweite Säule ab. Wir werben dafür, dass die getätigten Verschiebungen rückgängig gemacht werden. Die Unterstützungszahlungen aus der ersten Säule sind keine Subventionen für die Landwirte, sondern ausschließlich ein Ausgleich, um das Gefälle zum Weltmarktpreis auszugleichen.

### 11.3 Preisdumping bei Milchbauern und Schweinezüchtern beenden

Die AfD fordert als Sofortmaßnahme einen Preis von 0,40 Euro je Liter Milch. Die schon seit Jahren andauernde Unterdeckung der Produktionskosten bei Milchbauern, hat dazu geführt, dass Investitionen ausblieben. Dabei kommt die gesellschaftliche Forderung nach mehr Tierwohl in den Blick. Unverzichtbar für das Kriterium Tierwohl sind moderne neue Milchviehställe. Die Forderung nach mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung findet in der Gesellschaft einen hohen Zuspruch. An der Ladentheke ist davon dann leider nichts mehr zu sehen.

Wir fordern bei entsprechender Marktlage Maßnahmen zur Marktpreisstützung für Schweinefleisch durch staatliche Beihilfen für

die private Lagerhaltung. Diese Marktpreisstützung ist wäre EU-konform und wird durch diese subventioniert.

#### **11.4 Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben**

Wir unterstützen den Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe, weil sie die Tiertransporte kurz halten und keine Stallhaltung auf Rädern betrieben wird. Industrielle Groß-Schlachthöfe lehnen wir ab. Eine Alternative wären kleine, mobile Schlachthöfe, wie sie z.B. in Frankreich betrieben werden.

#### **11.5 Regionale Erzeuger und Vermarktungen fördern**

Der Ausbau regionaler Erzeuger und Vermarktungen ist ressourcenschonend, sichert Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Familienbetrieben, auch mit kleinteiligen Strukturen und sichert das Einkommen der ländlichen Bevölkerung.

Als Anreiz und Hilfen fordern wir Zuschüsse und Zinsfreie Darlehen für Hofläden, Verkaufsautomaten und Verkaufsständen. Zudem sollten diese an öffentlichen Straßen für den Erzeuger kostenfrei sein und Genehmigungen müssen schneller und unbürokratischer von statten gehen.

#### **11.6 Wald und heimische Wildtiere schützen**

Der Wald ist ein unverzichtbarer Faktor in der menschlichen Gesellschaft, Er ist ein Drehpunkt von Erholung, Naturschutz und Wirtschaft. Durch die vergangenen Dürrejahre hat der Wald enorm gelitten. Die vom Land Niedersachsen ausgehende Aufforstung muss durch die Kommunen und Landkreise unterstützt werden und für mindestens eine Dekade fortgesetzt werden.

#### **11.7 Den positiven Wert der Jagd anerkennen**

Wir stehen an der Seite der Jäger, denn sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Landschaftsschutz. Eine weitere Verschärfung des Jagd- und Waffengesetzes lehnen wir ab. Wir fordern unter anderem zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) den Einsatz von Schalldämpfern und Nachtzielgeräten.

Wir orientieren uns an dem Leitbild der Jagdausübung: „Wald mit Wild im Einklang mit der Natur.“

#### **11.8 Weidetierhalter schützen - Wolfspopulation begrenzen**

Bei der starken Vermehrung der Wolfspopulation zeigen sich nun die gravierenden Schattenseiten der Raubtiere. Hunderte Weidetierhalter sind ihrer Existenz bedroht, da der Wolf nunmehr seinen Nahrungstisch auf die Weidetiere ausgeweitet hat.

Frankreich und Schweden haben dem Rechnung getragen und eine Höchstzahl der Wölfe festgelegt: Frankreich 500, Schweden 350. Es wird Zeit, dass Deutschland diesem Beispiel folgt, um weiteren Schaden von den Weidetierhaltern abzuwenden.

Zudem sollte eine Soforthilfe für betroffene eingeführt werden z.B. zur Unterstützung zum Bau von Zäunen oder Lichtanlagen.

## **12 Umwelt und Energie**

#### **12.1 Maßnahmen zum Klimaschutz sind ein Irrweg, wir brauchen Naturschutzgebiet**

Das Klima wandelt sich naturgesetzlich seitdem die Erde besteht. Die Veränderung des Klimas hat in erster Linie kosmische Gründe, vor allem durch Schwankungen der Sonneneinstrahlung.

Klimaschutzpolitik ist daher ein Irrweg, insbesondere da diese den positiven Effekt von Kohlendioxid ignoriert. In der 8. Klasse haben wir alle doch gelernt, dass Pflanzen aus Kohlendioxid, die Biomasse bauen, von der Tiere und Menschen leben.

Die Klimahysterie in Deutschland führte bereits zu einer großflächigen Zerstörung der Natur z.B. durch Maismonokulturen, Windräder und Solarparks.

Wir stehen für den Erhalt der Natur und Artenvielfalt in unserer Heimat.

Jegliche Umweltzerstörung, insbesondere durch die Grünen lehnen wir ab und stellen uns gegen weitere Baumaßnahmen von Windkraftanlagen und Solarparks in unserem Landkreis.

Werden Gartenabfälle verbrannt, so handelt es sich hierbei um nachwachsende Rohstoffe, die keinen Einfluss auf das Klima haben. Daher werden wir entsprechende Verbote sowie die Brauchtumsfeuerverordnung aufheben und stehen für die Wiedereinführung von Brenntagen für Gartenabfälle und Grünschnitt im Frühjahr und im Herbst.

## **12.2 Lebensmittel haben Vorrang vor teurem Ökostrom**

Der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzflächen für Solaranlagen und Windkraftanlagen hat stark zugenommen. Neben dem negativen Effekt für die Umwelt, werden konventionelle bäuerliche Betriebe und Biobauern verdrängt.

## **12.3 Unwirtschaftliche Alt-Windenergieanlagen zurückbauen**

Vermehrt tritt der Fall ein, dass bei Windkraftanlagen der 20-jährige Zeitraum der Subventionierung abläuft. Es ist in den meisten Fällen nicht gelungen, im

Anschluss daran einen marktfähigen Betrieb dieser Anlagen zu erreichen. Eine weitere Subventionierung von Anlagen, die keine Aussicht auf einen wirtschaftlichen Betrieb erwarten lassen, lehnen wir entschieden ab. Diese Anlagen müssen samt Fundament vollständig zurück gebaut werden.

## **13**

## **Wirtschaftsförderung und Versorgung**

### **13.1 Den Mittelstand vor Ort fördern**

Besonders in strukturschwachen Regionen bieten kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze und fördern durch Steuerzahlungen die kommunalen Finanzen.

Durch Herabsetzen der Gewerbesteuer können Arbeitsplätze geschaffen und für weitere Unternehmern der Anreiz zur Niederlassung im Kreis Helmstedt geschaffen werden.

### **13.2 Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern**

Sparkassen und Volksbanken sollten vornehmlich an der Bereitstellung von Krediten an das Handwerk, den Mittelstand und die Bürger arbeiten. Bürokratische Zentralisierungen im Bankensektor bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen lehnen wir ab und fordern dezentrale Entscheidungsstrukturen, die sich an den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort orientieren

### **13.3 Sauberes Trinkwasser**

Wir unterstützen die freiwillige Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die bereits zu messbaren Verbesserungen der Grundwasserqualität geführt hat. Die Gründe der hohen Nitratbelastung sind zu analysieren, in einem zweiten Schritt ist unter Einbindung aller Akteure nach allgemein verträglichen und nachhaltigen Lösungen zu suchen.

Vorgaben (z.B. Nitratwerte und die zur Ermittlung benannten Messmethoden) des Bundes oder der EU sind sorgfältig auf Sinnhaftigkeit zu prüfen und ggf. sind durch die Kommune entsprechende Ausnahmen zu erwirken, auch unter Ausnutzung des Rechtsweges.

Der Wassercent (ehem. „Wasserpfeinig“) sollte zukünftig nicht dem Landeshaushalt, sondern den Kommunen zugutekommen.

### 13.4 Schluss mit extrem harter Trinkwasserversorgung

Die Stadtwerke Königslutter versorgen über ein circa 111 Kilometer langes Trinkwassernetz rund 4.800 Haushalte. Gewonnen wird das Leitungswasser für Königslutter am Elm zum Teil im Quellgebiet Lutterspring. Darüber hinaus bestehen Anbindungen an die Fernwasserleitungen der Wasserverbände Elm und Weddel-Lehre.

Abhängig von der Herkunft des Leitungswassers fällt die Wasserhärte in Königslutter sehr unterschiedlich aus. Die Kernstadt und der Ortsteil Lauingen erhalten aus dem Wasserwerk Lutterspring sehr hartes Wasser mit 34 °dH. Lelm, Langeleben, Rottorf, Sunstedt, Groß Steinum und Schickelsheim werden vom Wasserverband Elm mit Wasser mittlerer Härte mit 9,9 °dH beliefert. In allen anderen Ortsteilen fließt weiches Trinkwasser mit 3,7 °dH vom Wasserverband Weddel-Lehre aus den Leitungen

Ein bereits thematisiertes kaskadiertes Verfahren, welches einer „einfachen“ Enthärtung eine zweite Aufbereitungsstufe für das Konzentrat nachschaltet und somit die Reststoffe der Gesamtaufbereitung

minimiert ist erneut zu diskutieren - Verfahrensweisen einer Schnellenthärtung oder Umkehrosmose sollten hier mit einbezogen werden. Bei der Schnellenthärtung würde durch Zugabe von Calciumhydroxid ein Teil des Wasserhärte bildenden Kalkes entfernt. Die dabei entstehen Kalkpellets könnten in der Landwirtschaft und im Straßenbau verwertet werden können. Das Verfahren der Umkehrosmose würde einen Rohwassermehrverbrauch von bis zu 15 % benötigen, wobei das resultierende Prozesswasser, unter Einhaltung von Richtwerten durch Einleitungsgenehmigungen, in vorhandene Gewässer eingeleitet werden könnte.

Die bei der Umkehrosmose aufgewandte Mehrenergie ließe sich durch den zusätzlichen Bau eines Wasserrades auffangen, wobei dieses durch den entstehenden Druck angetrieben würde und ca. 65 bis 75 Prozent der eingesetzten Energie auffangen kann; der somit erzeugte Strom könnte intern für den Prozess der #Wasserenthärtung wieder genutzt werden. Wir fordern daher eine erneute Diskussion, sowohl in den Ortsräten Lauingen und Königslutter sowie im Stadtrat Königslutter. Ferner fordern wir ein für den Bürger verständliches Konzept unter Einbeziehung der betroffenen Stadtwerke sowie eine Bürgerbefragung in dieser Angelegenheit.



**Helmstedt.**  
**Aber normal.**





Unsere lebenswerte Heimat  
**Miteinander  
wohnen und leben  
in Niedersachsen**

**Es geht um  
Deine Heimat!**







**Alternative**  
für  
**Deutschland**

KREISVERBAND HELMSTEDT

IMPRESSUM / V.i.S.d.P.:  
AfD Kreisverband Helmstedt  
Dr. Jozef Rakicky, Am Brabrinke 14, 30519 Hannover

[www.afd-helmstedt.de](http://www.afd-helmstedt.de)